

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -	Datum 08.05.2003
Dezernat V	Amt Seniorenbeauftr./r

INFORMATION

**I0181/03**

	Tag	Sitzung	
		öffentlich	nichtöffentlich
Der Oberbürgermeister	20.05.2003	X	
Ausschuss f. Kinder, Jugend, Familie u. Gleichst.	17.06.2003	X	
Gesundheits- und Sozialausschuss	09.07.2003	X	
Stadtrat	04.09.2003	X	

Thema:

**Jahresbericht 2002 des Seniorenbeauftragten**

In der Anlage gebe ich den Jahresbericht des Seniorenbeauftragten zur Kenntnis.

Ich weise darauf hin, dass der Seniorenbeauftragte gemäß § 16 der Hauptsatzung in der Ausübung seiner Tätigkeit unabhängig ist. Es kann deshalb in der Berichterstattung zu von der Verwaltung abweichenden Darstellungen kommen.

Ich schlage deshalb vor, die bisherige Verfahrensweise beizubehalten. Danach wurde nach Kenntnisnahme des Berichtes durch den Oberbürgermeister der Bericht den Dezernaten zugeleitet, um diesen Gelegenheit zu geben, gegebenenfalls Stellungnahmen zu dem Bericht abzugeben. Der Bericht wurde dann inklusive der Stellungnahmen der Verwaltung dem Stadtrat zugeleitet.

Der Zeitraum zwischen Behandlung des Berichts beim Oberbürgermeister und dem ersten Fachausschuss wurde deshalb bereits entsprechend großzügig bemessen. Ich bitte darum eventuelle Stellungnahmen der Dezernate zum Jahresbericht des Seniorenbeauftragten bis zum **06.06.2003** per GroupWise an mein Büro zu senden.

Bröcker

## **Jahresbericht des Seniorenbeauftragten Januar bis Dezember 2002**

### **I. Ehrenamtlicher Beauftragter**

Die in seiner Dienstbeschreibung aufgelisteten Aufgaben lassen sich im weiteren Sinne als Begleitung und Initiierung der Arbeit definieren. Die vergangenen Jahre haben das auch bestätigt. In diesem Verständnis und Selbstverständnis ist seine Arbeit auch respektiert worden von den freien Trägern und Seniorenverbänden einerseits, der Verwaltung und dem Stadtrat andererseits (und seinen Ausschüssen!). Im Gegensatz zum offiziellen Miteinander mit der Seniorenvertretung der Stadt gibt es bei der Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen keine Probleme; besonders in der Pflegekonferenz wird das sichtbar.

Eine weitere Notation verdient folgende Beobachtung, es gibt in Magdeburg sehr viele, die sich in der Seniorenarbeit engagieren; zu diesen gesellt sich der Beauftragte; deren Arbeit soll er ja nicht machen; aber er kann das tun, wozu sie nicht kommen: Zukunftsentwicklungen aufzuspüren und bekannt zu machen; vor schädlichen „freier“ warnen und positive kooperativer ausloten und umsetzen. Bei der Bearbeitung des demographischen Wandels und seinen Auswirkungen hat sich das eindrücklichst gezeigt: Hier bietet die Ehrenamtlichkeit der Beauftragung unschätzbare Unabhängigkeiten, Freiheiten und Möglichkeiten (z. B. arbeitszeitunabhängiges Engagement, Freiheit von Strukturen und Hierarchien.....; direkte Kommunikation – zügige Effektivität) - .Vor allem bei der Serie über das „Älter werden in Magdeburg“, initiiert von seiner Arbeitsgruppe (die Herren Ansorge, Pischner und Czogalla) und umgesetzt von der Volksstimme, war das deutlich zu spüren.

### **II. Politische Arbeit**

Von Zeit zu Zeit ist Reflektion und Meditation hierüber hilfreich, um Zielverfehlungen zu erkennen und zu korrigieren. Schon die antike politische Arbeit hielt die Freiheit und die Gerechtigkeit im Zusammenleben in der Polis für grundlegend; spätestens durch die Aufklärung bekam die menschliche Würde die gleiche, beinahe göttliche „Dignität“. Mehr als 100 Jahre nach Marx, Engels und anderen muss heute J.

Habermas feststellen: Die Utopie der Arbeitsgesellschaft mit der Befreiung von entfremdender Arbeit die drei Ziele zu erreichen, hat sich erschöpft. Der Arbeitsgesellschaft geht nicht nur die Arbeit verloren - jedenfalls die über den Markt gesteuerte; betriebsförmig organisierte - sondern auch diese Utopie,! Das ist natürlich der dominante Grund auch für die sozio-politische Situation in Magdeburg. Habermas (die neue Undurchsichtigkeit) schreibt weiter: „Moderne Gesellschaften verfügen über drei (utopische) Ressourcen: Geld, Macht und Solidarität“. Geld ist wenig da. „Macht“ hat sich in Institutionen und politischen Systemen weitgehend unabhängig gemacht von ihren Klientelen; aber die Solidarität ist noch immer politisches Kapital der Polisbewohner. Sie bedeutet nicht eine Respektierung von Eigeninteressen, sondern deren situative, manchmal vielleicht auch fundamentale Überwindung – im Stadtrat, in den Ausschüssen, ja auch in der Seniorenarbeit! Solidarität bedeutet auch im politischen Geschäft das Übertreten von der schlechteren zur besseren Position, welche vorher im Diskurs der auf Versöhnung, Gerechtigkeit, Freiheit und Würde eingestellten Partner ausgelotet wurde; bedeutet Anwaltschaft für die „an den Rand gedrückten Gruppen...aus dem Produktionsprozess ausgegliederten Minderheiten“ (Habermas). Sie haben weder Organisations- noch Vetomächte. Diese Funktion zu übernehmen, ist auch bestimmendes Element der Arbeit der Beauftragten: Der Seniorenbeauftragte hat das immer wieder z. B. im Pflegebereich im Stadtrat demonstriert. Das ist auch für Magdeburg Seniorenpolitik in nuce und im Kern.

Was im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ über das politische Machtpotential der älteren Bevölkerung konstatiert wurde: „...hat man bei den in der neuen Zeit entstandenen Gremien, wie Seniorenausschüssen oder besonderen Arbeitsgemeinschaften der Parteien den Eindruck, dass sie eher Instrumente der sozialen Einbindung und symbolischer Partizipation als Manifestationen einer wachsenden Altenmacht sind“. Diese Feststellung darf nicht so missverstanden werden, als sei das Soziale in der Seniorenarbeit zweitrangig, aber die politische Repräsentanz der Senioren darf und kann sich nicht damit begnügen und ihre Kräfte darin binden. Solidarische Politik muss sich ja dann sowohl durchsetzen können als auch funktionieren – und das erfordert Kraft genug. So muss konstatiert werden, dass bis auf Vertreter der freien Träger keine nennenswerte Seniorenrepräsentanz in den politisch kommunalen Gremien zu sehen ist (rühmliche Ausnahmen aber, wenn schon nicht bei Stadtratssitzungen, so doch wenigstens bei Sitzungen des Geso, Volkssolidarität, Diakonie, AWO).

Die Defizite hier sind auch sehr deutlich zu sehen gewesen in der fehlenden medienpolitischen Effektivität des Landessenorenrates mit seinen Seniorenforen im Landtag.

### III. Der demographische Wandel

Aus gegebenem Anlass ist der Seniorenbeauftragte mit Unterstützung der Herren Ansoerge, Czogalla und Pischner im April 2002 bei der Volksstimme vorstellig geworden, um den demographischen Wandel in seiner Bedeutung für die Stadt Magdeburg öffentlichkeitsrelevant darzustellen; und zwar sollte so umfassend wie möglich über die mit ihm sich vollziehenden Veränderungen in der Landeshauptstadt - auch perspektivisch - informiert werden. Folgende Bereiche wurden thematisiert: Wirtschaft, Gesundheit, Wissenschaft und Forschung, Leben in der Stadt und Kommunalpolitik. Von der IHK Magdeburg über das Diakonische Werk bis hin zum Sozialwissenschaftlichen Institut unserer Universität lagen dann insgesamt 12 Beiträge der Lokalredaktion zur Bearbeitung und Veröffentlichung vor. Die Artikelserie war nach diesen Erstveröffentlichungen „beitrittsfrei“. Hier hat der Seniorenbeauftragte im vergangenen Jahr viel Zeit und Aufwand investiert. Im Frühjahr 2003 wird es ein abschließendes Resümee geben. Unabhängig davon muss aber konstatiert werden, dass das schwierigste Problem innerhalb der demographischen Veränderungen äußerst defizitär dabei geblieben ist: Die deutsche Familie, die abnehmenden Geburten, die multilokale Mehrgenerationenfamilie... Dieses neue Familienverständnis muss auch für Magdeburg näher analysiert werden; es könnte im Kontext des Ausbaus der Gesundheitswirtschaft hierselbst von Relevanz werden.

### IV. Pflege

- a) Grundsätzliches
- b) Pflegesituation in Magdeburg
- c) Pflegekonferenz

Zu a) Grundsätzliches

Sozialschwache Bereiche sind auch in den Kommunen wichtige Verkörperungsräume dafür, ob es der politischen Arbeit gelingt, Würde, Gerechtigkeit und die Schwester der Freiheit – die Autonomie – zu garantieren. Am Anfang und am Ende des Lebens ist die Hilflosigkeit des Menschen Ansporn zu Menschlichkeit schlechthin. Am Schluss unseres In-der-Welt-seins ist es insbesondere die Pflege, die Würde, Gerechtigkeit und Autonomie verwirklichen hilft.

Pflege ist gesamtpolitisch zu verstehen und etymologisch zu ergründen: Sie ist keine „freiwillige Zusatzleistung“ der Gesellschaft oder der Kommune und auch im individuellen Zwischenmenschlichen ist sie mehr als nur eine Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme. Noch durch die Sprache schimmert ihr moralischer Anspruch und sittliche Fülle durch: Pflege ist Pflicht! – Beide uns so bekannten deutschen Begriffe sind ca. 11. bis 12. Jahrhundert mit dem Lateinischen plicare in unsere Sprache gewandert.; plicare – umwickeln, verbinden. In der Pflege – so haben es die Alten verstanden – wickelt sich das gesunde Leben um das bedürftige und verbindet mit seinen Lebensströmen die Wunden des anderen und hüllt sie ein (palliare, Palliativmedizin).

Diese moralische Verpflichtung der Gesellschaft kommt einem kommunalpolitischen Imperativ gleich, dessen Umsetzung sich in der Verbesserung der Personalsituation, der Pflegequalität und –quantität und nicht zuletzt der Bettenzahl zu messen hat.

Dem Verschwinden von Arbeit in traditionellen Beschäftigungsbereichen steht durch den demographischen Wandel ein Arbeitswachstum im Sozialen gegenüber; auch der Arbeitsbegriff trägt diesem Rechnung: Sozialarbeit. Den demographischen Prozessen muss politisch Rechnung getragen werden, durch rechtzeitige Steuerung einigermaßen ungeschoren durch Skylla und Charybdis die Lebensschiffe zu bekommen (Auch hier deutet sich die enorme Wichtigkeit an, der Gesundheitswirtschaft in der Stadt Magdeburg erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen).

Wenn es einen Bereich gibt, an dem politische Arbeit der menschlichen Würde, Gerechtigkeit und Freiheit (Autonomie) zur Wirklichkeit verhelfen kann und muss, mit Veto und Organisationsmacht entsprechende Weichenstellungen zu veranlassen, dann wir. **Hier** geht es um Leben! Hier geht es um **Leben**.

Zu b) Situation in Magdeburg

In den letzten 2/3 Jahren sind in Magdeburg viele Pflegeheime hervorragend saniert worden - äußerlich und innerlich; auch im kommunalen Bereich. Wie die Fraktionen des Stadtrates mündlich (in der Januar-Stadtratssitzung 03) und schriftlich informiert wurden, hat es dabei auf Grund falscher Landesvorgaben (Ignorierung des demographischen Wandels) drastische Reduzierungen der Bettenzahl gegeben. Wie aus den Mitteilungen des Landesamtes für Statistik und aus dem Pflegestrukturplan 2003 zu entnehmen ist, bahnen sich hier in Kürze heftige Probleme an, die auch durch vermehrte private Anbieter nicht zu entschärfen sind. Der abzusehende Problemstau im stationären Pflegebereich hat zwei Ursachen: Die Strategie ambulant vor stationär greift aus verschiedenen Gründen nicht, z. B: schlechtere finanzielle Rahmenbedingungen der privaten Anbieter gegenüber den freien Trägern; zudem beklagen sich die privaten Anbieter zu Recht, dass das Land Sachsen-Anhalt dringend notwendige Gespräche zur Verbesserung der Situation immer wieder verzögert.

Die andere Ursache des zu erwartenden Pflegestaus liegt im Wegfall der traditionellen Familienstruktur; die multilokale Mehrgenerationenfamilie ist an dieser Stelle noch weit mehr überfordert als die herkömmliche Großfamilie (dazu vergleiche: Hans Bertram „Die multilokale Mehrgenerationenfamilie von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie; Berliner Journal für Soziologie, Heft 4/02). Zu diesem mehr strukturellen Phänomen kommt sicher auch das Verschwinden des ethischen Bewusstseins. Ethik ist in der Pflege kein Additivum, sondern ein Existential.

Die Kommunen dürfen sich auch an dieser Stelle des Sozialschwachen ihrer Verpflichtung nicht entziehen. Sie besteht in der Erweiterung des kommunalen stationären Pflegeangebots: Es ist klar, dass damit nicht alle Probleme gelöst werden. Aber wenigstens eins: Dass es in Zukunft zu wenig Betten geben könnte! Noch einmal: Hier geht es nicht vorrangig um klassifizierbare und ökonomisierbare Prozeduren, sondern um die Wahrung von Würde, Freiheit und Gerechtigkeit. Im Februar 2002 hatte der Seniorenbeauftragte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Versorgung und Soziales einen Versuch gestartet, die im neuen Heimgesetz erweiterten Rechte der Heimbeiräte zu konkretisieren. Die Beigeordnete Frau Bröcker hatte in diesem Zusammenhang an alle Betroffenen und Interessierten ein weiterreichendes Hilfsangebot gemacht. Traurig muss festgestellt werden, dass

niemand, aber auch wirklich keiner, hier die Notwendigkeit zum Engagement gesehen hat.

Als weitere kommunale Aufgabe hat der Seniorenbeauftragte Frau Dr. Weise (Gesundheits- und Sozialamt) einen Gesundheitsbericht zur Situation der Senioren und Behinderten als Bitte vorgetragen. Auch hier zeigt sich die Überlappung der Senioren- und Behindertenpolitik. Sie hat hier im Rathaus zu einer sehr intensiven Zusammenarbeit der beiden Beauftragten geführt.

Mit Genugtuung und Freude dürfen auch die Bemühungen der Pfeifferschen Stiftungen registriert werden, in Magdeburg ein stationäres Hospiz bei sich zu installieren; die Eröffnung soll im Februar 2003 erfolgen (ist erfolgt am 25.02.03 mit 10 Betten). Dies ist auch Anlass, in der Pflegekonferenz für die palliativ medizinische Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals zu werben.

Die Situation der Demenzkranken bedarf nach wie vor großer Anstrengungen zu ihrer Verbesserung; die Bemühungen des Gesundheits- und Sozialausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt sind bisher ohne nennenswerte Erfolge geblieben.

#### Zu c) Pflegekonferenz

Es ist so gut, dass es sie gibt, dass, wenn es sie nicht gäbe, sie erfunden, konstituiert werden müsste. Sie hat mit der neuen Beigeordneten Frau Bröcker neue Stringenz bekommen, und der in Angriff genommene Aufbau eines Pflege- Informationsdienstes in Magdeburg ist wirklich wichtig: Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass dadurch keine neuen notwendigen Betten und keine Weichenstellungen bezüglich der sehr angespannten Personalsituation konstituiert werden. Es sollte darüber hinaus eine Kooperation mit der Landespflegekonferenz angestrebt werden, um solche fatalen Ignoranz der demographischen Entwicklung wie der unangemessenen Bettenschlüsselvorgabe für die Heime durch die abgelöste Landesregierung erheblich verbessern können.

Die Pflegekonferenz sollte in ihrer weiteren Arbeit auch kommunale Strategien für die Verbesserung der Pflegequalität, der Personalia und vor allem des lahmenden Prinzips ambulant vor stationär dem Stadtrat vorlegen. Überhaupt muss der Stadtrat wesentlich genauer über die Einzelheiten der ambulanten wie stationären Pflege unterrichtet werden; nicht nur durch kurze Informationen zur Drucksache

„Pflegestrukturplan“ und eines kurzen Statements des Seniorenbeauftragten.!! Das „Wie“ sollte im Geso beraten werden.

## V. Gesundheitswirtschaft

1. Die Gesundheitswirtschaft ist erst einmal, nachdem dem Seniorenbeauftragten im Wirtschaftsausschuss ermöglicht wurde, kurz den Bericht der IHK Berlin zur Situation der Gesundheitswirtschaft daselbst zu referieren, in die GWM überwiesen worden. Sie muss aber schnellstens dorthin wieder zurück und vor allen Dingen in den Stadtrat. Diesen Druck verursacht der demographische Wandel. Und der Stadtrat muss ja schnell reagieren, weil der wachsende Anteil der älteren BürgerInnen intensivst die Gesundheitswirtschaft nicht nur beeinflusst, sondern dominiert und steuert. Hier ist Zeit besonders viel Geld. Hier kann die Stadt z. B. auch mit einem neuen Pflegeheim viel Geld verdienen, viel Gutes tun, viele Arbeitsplätze schaffen (die Ausbildungseinrichtungen für Pflegekräfte in Magdeburg berichten von einem starken Interesse an diesen Berufen).

Hier geht es zuerst um die ökonomisch-finanzielle Macht der Senioren für die Stadt; zugleich wird hier praktiziert, dass, wer für die Alten sorgt, zugleich auch für die Jugend handelt: Es geht um zunehmende Arbeits-, Ausbildungs- und Forschungspotentiale. Und die Kooperation mit dem Umfeld der Stadt, mit der Region, muss schnell bewusst gemacht und effektiviert werden. Nicht schlecht wäre es, wenn es der GWM in Kooperation mit der Messegesellschaft und dem Seniorenbeauftragten gelingen würde, im Rahmen einer regionalen „Gesundheitsmesse“ die Verknüpfung von demographischem Wandel und Wirtschaft als P O S I T I V U M paradigmatisch zu demonstrieren.

2. Wohnen: Im Frühjahr 03 wird ein weiterer Versuch gestartet, Wohnen von Senioren zu bearbeiten, mit z. B. auch den Wohnungsbaugesellschaften. Darüber hinaus kann die eindimensionale Ausrichtung in der Stadt Magdeburg (Nur Betreutes Wohnen) aufgefächert werden durch Pluralität der senioralen Wohnformen aus anderen Städten (z. B. Dresden, Offenburg). Die Informationen zu besorgen, ist auch Verpflichtung für den Seniorenbeauftragten.

Ein sehr diffiziler, äußerst ärgerlicher und belastender Tatbestand ist für viele Ältere auch in unserer Stadt die rechtliche Diffusität ihrer Wohnsituation. Außerdem muss



die Finanzierbarkeit des Wohnens für Ältere, Sozialschwache und Behinderte verbessert werden. Auch der Wohnbereich ist, wie Frau Worell von der GWM betont, zunehmend als Dienstleistungsangebot der kommunalen Gesundheitswirtschaft zu verstehen und zu praktizieren.

Bei der Bearbeitung der Gesundheitswirtschaft ist auch zu beachten - und der Stadtrat sollte hierauf verstärkt sein Augenmerk richten - dass dabei beispielhaft Arbeitsplätze für Arbeitnehmer über 55 geschaffen und gestaltet werden könnten.

3. Und last not least: Wäre es nicht auch ratsam, dass der Geso sich zumindest den gesundheitlichen Elementen in der Gesundheitswirtschaft zuwendet, (wie z. B. städtischen Gesundheitsberichten a `la Berliner Gutachten?)

## VI. Gremien

Der Seniorenbeauftragte hat im Berichtszeitraum in folgenden Gremien mitgearbeitet: Gesundheits- und Sozialausschuss, Wirtschaftsausschuss, Arbeitskreis Altenplanung und Seniorenfragen; des Weiteren hat er, soviel ihm möglich war, an Stadtratssitzungen und an den Sitzungen der Regionalen Arbeitsgruppen und den Pflegekonferenzen teilgenommen (dazu siehe oben Pflege). Aus diesen Arbeitsbereichen sind die beiden Stadtratsausschüsse besonders zu vermerken. Im Gesundheitsausschuss hat er die senioralen Anliegen in Kooperation mit Herrn Pischner und Herrn Ansorge zu Gehör gebracht; dazu war jeweils dann der besondere Anlass, wenn in der Berichterstattung aus dem Arbeitskreis Altenplanung sein Kommentar gefragt war, wie z. B. zur Situation und Arbeit der Alten- und Service-Zentren, der Erläuterung des Berichtes der Fachhochschule zu diesen Einrichtungen und ihrer Effektivität. Aber auch zu Problemen der kommunalen Pflegesituation aus seiner Mitarbeit in der Pflegekonferenz. Sein Anliegen war es vor allem, auf die Balance der Gewichtungen in der Wunschvielfalt der unterschiedlichen Interessenvertretungen zu achten. Besonders die Probleme für alle durch die demographischen Veränderungen und ihre Bedeutung für die Metamorphosen der politischen Entscheidungen bewusster zu machen, hat er sich bemüht.

Im Wirtschaftsausschuss ist er hinein geführt worden durch die Relevanz der Vernetzung von Demographie und dem Bereich Gesundheitswirtschaft. Zunächst

musste der Beauftragte sich Einblicke und Durchblicke erarbeiten, ehe er dann auch hier die Bewusstseinsarbeit für sein Aufgabenfeld beginnen konnte. Besondere Unterstützung erhielt er von Herrn Dr. Puchta und Herrn Nitzsche. Mit der Delegierung des clusters Gesundheitswirtschaft in die G W M „wanderte“ auch der Seniorenbeauftragte mit dorthin: Es gilt, die Gesundheitswirtschaft in öffentlich wirksamen Einrichtungen zu verwurzeln, ihre städtische Relevanz mit der regionalen zu vernetzen und die Betroffenen zu motivieren; das alles so schnell wie möglich, denn der Wandel eilt uns allen immer schneller davon. So soll z. B. für das Jahr 2004 innerhalb der Messe „Leben 2004“ eine Art Gesundheits-(Wirtschafts-) Messe stattfinden. Vorbereitende Gespräche dazu hat es zwischen dem Seniorenbeauftragten, Herrn von Ensberg und Frau Worell von der GWM bereits gegeben.

Im Arbeitskreis Altenplanung und Seniorenfragen waren die TeilnehmerInnen sehr lange mit der Situation in Rothensee, dem Landesverband der Gehörlosen und ihren Veränderungswünschen für ein neues Domizil und den damit zusammenhängenden Fragen des Offenen Treffs beschäftigt; nach komplexen Prozeduren hat der Verband ein neues Domizil in der Windmühlenstraße, und den OT hat das DRK übernommen.

Die Arbeit am Erfüllungsstand des Magdeburger Altenplanes von 1997 hat darunter gelitten. Des Weiteren hat man im Arbeitskreis die Arbeit mit ehrenamtlichen HelferInnen in den ASZ's engagiert begleitet und gestützt. Die Alten- und Servicezentren verwurzeln sich mit ihrer guten Arbeit, je länger desto besser und tiefer, in den Stadtteilen. Sie erhalten zum Teil auch Unterstützung für ihre Angebote durch die Veröffentlichung in der Volksstimme (das wirkt sich sehr positiv aus). Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen auf Beratung, Kommunikation – Geselligkeit und Bildung/Information. In Einzelfällen wurden sogar von älteren Menschen Anfragen an Möglichkeiten der Schuldnerberatung gestellt; hoffentlich waren das nur Ausnahmen! Die Stadt hat mit den Alten- und Servicezentren ein exzellentes und nicht mehr wegzudenkendes Angebot für ihre SeniorInnen.

Nicht groß weiter gekommen ist man allerdings mit dem Vorschlag des Beauftragten; bei den Offenen Treffs überinstitutionale Kooperationsmöglichkeiten in den einzelnen Stadtgebieten auszuloten; hier besteht nach meiner Meinung noch erhebliche Ressource.

Der Seniorenbeauftragte hat auch im vergangenen Jahr im Rathaus 1mal wöchentlich (Gesamtzahl der Besucher 51, ca. noch 5 Anrufe/Woche) und in den ASZ 1mal monatlich (jeweils ca. 5-10 Personen) Sprechstunden gehalten: Die Anliegen konzentrierten sich auf die Bereiche Wohnen und Pflege. Es wurden sehr oft juristische Beschwerden mit den Vermietern, insbesondere finanzieller Art, und der Hilflosigkeit vieler Älterer, allein damit fertig zu werden, deutlich benannt. Der Seniorenbeauftragte hat sich auch im vergangenen Jahr wieder an den Jubiläumsbesuchen beteiligt; er war 8mal im Jahre 2002 zu Gratulationen unterwegs. Im Übrigen ist die Statistik an dieser Stelle für den demographischen Wandel in Magdeburg bedeutsam:

#### Auflistung der Jubiläumsbesuche

<b>Jahr</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>
<b>Gesamtbesuche</b>	600	713
<b>Goldene Hochzeit</b>	524	608
<b>Diamantene Hochzeit</b>	63	83
<b>Eiserne Hochzeit</b>	11	22
<b>Gnadenhochzeit</b>	2	1
<b>100jähriger Geburtstag</b>	11	14
<b>Beteiligung desSeniorenbeauftragten</b>	8 mal	

Zum Schluss noch zwei Dinge: Es ist sehr bedauerlich, dass die beliebte und immer gut vorbereitete Weihnachtsgala (Sozialamt, Frau Rohden und ihre Mitarbeiterinnen) nicht mehr kommunal finanziert werden kann; ich werde das noch einmal in den Arbeitskreis Altenplanung bringen.

Zum Anderen ist die Ausstattung des Büros des Seniorenbeauftragten mit einem nicht an das Ratsinfosystem anschließbaren Computer äußerst hinderlich!!

Magdeburg, den 08.04.2003

Georg Nuglisch

Seniorenbeauftragter